



Das komplette Interview erschien in der Januar/Februar-Ausgabe 2018 der L-Mag im Rahmen des Titelthemas „Jugend“.

Der Weg junger Menschen ins erwachsene Leben von Coming-out über Stress in der Schule bis hin ins Berufsleben kann steinig verlaufen. Sexuelle Aufklärung in der Schule und Mobbing auf dem Schulhof sind nur einige Themen, die politisch, auf Bundesebene, angegangen werden. Konkret ist dafür das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zuständig. Die Juristin Dr. Katarina Barley wurde im Sommer 2017 Familienministerin und setzte gleich zum Amtsantritt ein Zeichen für LGBT-Belange – trotz Verbot der Bundesregierung hisste ihr Ministerium zum CSD die Regenbogenflagge und lud die LGBT-Szene zu einem Empfang ins Haus.

WEITERE INTERVIEWS:

- Barbara Hendricks (Bundesumweltministerin, 2013-2028)
- Alice Schwarzer (Publizistin, 2018-2021)
- Franziska Giffey (Familienministerin, 2018-2021)
- Maritta Strasser (NaturFreunde)
- Mirjam Muntefering (Autorin)
- Eva Kraienkamp (BVG-Vorsitzende, 2020-2022)

Dana Müller

POLITIK

PACKEN WIR'S AN



Dr. Katarina Barley übernahm im Sommer 2017 das Familienministerium. Als Juristin mit Leidenschaft setzte sie sich in dieser Zeit auch für LGBT-Belange und Jugendliche ein. L-MAG fragte sie: Was muss noch getan werden?

Das BMFSFJ war in der letzten Legislaturperiode SPD-geführt. Geben Sie uns doch einen kleinen Rückblick: Was wurde in dieser Zeit für LGBT erreicht?

Katarina Barley: Wir haben in den letzten Jahren einiges erreicht. Da ist die Einführung der Ehe für alle und das Gesetz zur strafrechtlichen Rehabilitierung der nach dem 8. Mai 1945 wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen verurteilten Personen. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft haben wir uns intensiv mit nationalen wie internationalen Diskursen zu Schutz und Akzeptanz von geschlechtlicher Vielfalt auseinandergesetzt. So haben wir im September 2017 ein Positionspapier zum Schutz und zur Akzeptanz von geschlechtlicher Vielfalt herausgebracht. Das Ergebnis: Handlungsbedarf gibt es vor allem in den Bereichen Recht, Beratung und Akzeptanzförderung.

Im Sommer 2017 sprach sich die Regierung gegen das Hissen der Regenbogenflagge vor Bundesbehörden aus. Das Familienministerium war eines der SPD-geführten Ministerien, das trotzdem die Regenbogenflagge zur CSD-Saison gehisst hat. Sie waren damals gerade frisch ins Amt gekommen. Warum haben sie sich der Anweisung widersetzt

und trotzdem die Regenbogenflagge vor dem Ministerium gehisst?

Ich halte es für wichtig, mit dem Hissen der Regenbogenflagge zum CSD ein deutliches Zeichen zu setzen, dass wir die Ausgrenzung, Unsichtbarkeit und Gewalt gegen Menschen, die keine heterosexuellen Partnerschaften führen oder sich nicht in existierende Vorstellungen von „männlich“ oder „weiblich“ einordnen wollen, nicht akzeptieren. Deswegen habe ich mich entschieden, dass mein Ministerium ganz klar und für alle sichtbar Stellung bezieht.

Ein großes Thema ist Diskriminierung in der Schule. „Schwule Sau“ ist immer noch ein beliebtes Schimpfwort auf deutschen Schulhöfen. Wie kann bundesweit gegen die Diskriminierung im Schulalltag werden?

Dieses Thema ist besonders wichtig. Ich schaue mit großer Sorge auf die populistischen und rückwärtsgewandten Bestrebungen in unserer Gesellschaft. Ich halte es für hanebüchen, wenn Populisten behaupten, das Reden in der Schule über sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt würde die Kinder „verderben“. Kinder sollen lernen, Menschen mit Respekt zu begegnen. Wir wissen, dass in Bildungseinrichtungen oder am Arbeitsplatz LGBT-Lebensweisen

kaum diskutiert werden und Jugendliche aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität Diskriminierung erleben. Die Berücksichtigung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Schulbüchern, im Rahmen von Projekttagen oder Aufklärungsprojekten führt zu einer besseren Auseinandersetzung mit diesen Themen.

Nach der Öffnung der Ehe glauben viele, nun sei für LGBT alles erreicht. Was steht politisch noch an?

Die Ehe für alle ist ein Meilenstein in der Gleichstellungspolitik. Doch es wäre falsch, zu glauben, dass damit alles getan wäre. Denn viele homosexuelle Menschen werden auch heute noch diskriminiert. Wir fördern deshalb Initiativen und Projekte, die für Respekt, für Vielfalt und ein Leben in Demokratie eintreten. Dazu gehört selbstverständlich auch die freie Verwirklichung lesbischer Frauen – jeden Alters. Es geht um Selbstbestimmung. Und dafür brauchen wir gesetzliche Regelungen, die Menschen vor Diskriminierung schützen und sexuelle und geschlechtliche Vielfalt anerkennen.

// Interview: Dana Müller

Journalistin